

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
9. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 29.03.2022 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
18:53

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Dr. Edwin Bölke
Stv. Annette Braun-Kohl
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Martin Haesen
Stv. Marion Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat
Stv. Tessa Lukat
Stv. Nadine Lütz
Stv. Sonja Lütz
Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

Stv. Nicola Günther
Stv. Tabea Haberpursch
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Beigeordnete

Techn. Beigeordnete Christine-Petra
Schacht

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel
StORR'in Andrea Kotthaus
StOVR Gerhard Titzer

Personalrat

VA Carsten Butz

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 9. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, den nichtöffentlichen TOP 25 vorzuziehen und als erstes zu beraten.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner_innen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

2./ Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheides vom 13.03.2022 **Vorlage: 32-2/022/2022**

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass das Ergebnis des Bürgerentscheides anzuerkennen sei. Sie führt jedoch auch weiterhin aus, dass in der Arbeitsgruppe „Mobilität“ des Kreises Mettmann, einen Tag nach dem Bürgerentscheid, aufgezeigt wurde, dass im Mobilitätskonzept des Kreises Mettmann die Bahnhofstraße in Haan mit einem beidseitigem Radfahrstreifen mit hoher Priorität aufgenommen sei.

Stv. Lemke erläutert hierzu, dass der entsprechende Gutachter jedoch auch mitgeteilt habe, dass nach der nächstbesten Möglichkeit geschaut werde, sofern eine der aufgeführten Maßnahmen nicht umsetzbar seien.

Beschluss:

Zum Bürgerentscheid über die Frage „Soll die Markierung eines Fahrradschutzstreifens an der südlichen Seite der Bahnhofstraße von Wilhelmstraße bis Kölner Straße aus dem Handlungskonzept zu Maßnahmen an der B 228 genommen werden?“ stellt der Rat fest:

1. Das erforderliche Quorum der Ja-Stimmen von 20 % (= 4.997) der Abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger wurde mit 5609 abgegebenen Ja-Stimmen überschritten.
2. Das Anliegen des Bürgerbegehrens wurde von 5.609 = 74,50 % der Abstimmenden im Bürgerentscheid befürwortet. Es wurde von 1.920 = 25,50% der Abstimmenden abgelehnt. Damit wurde auch die Voraussetzung „eine Mehrheit der Abstimmenden für das Begehren zu erhalten“ erreicht.
3. Der Rat stellt fest, dass das Bürgerbegehren zu der Abstimmungsfrage: „Soll die Markierung eines Fahrradschutzstreifens an der südlichen Seite der Bahnhofstraße von Wilhelmstraße bis Kölner Straße aus dem Handlungskonzept zu Maßnahmen an der B 228 genommen werden?“ die erforderlichen Mehrheiten erreicht hat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3./ Bürgerantrag: Anleinplicht für Hunde im Haaner Bachtal
Vorlage: 32-2/019/2022

Protokoll:

Stv. Günther bittet darum, dass der Sachverhalt weiter beobachtet wird und ein entsprechender Bericht in einem Jahr im zuständigen Fachausschuss vorgelegt werde.

Stv. Wahlers weist darauf hin, dass die Schilder für mehr Rücksicht an allen Haaner Parkanlagen installiert werden.

Bgm'in Dr. Warnecke führt zu beiden Anmerkungen aus, dass die Verwaltung den Auftrag auch so verstanden habe.

Beschluss:

Der Bürgerantrag wird insofern abgelehnt, als er eine Anleinplicht für Hunde im Haaner Bachtal, Thunbuschpark oder Sandbach vorsieht.

Die Verwaltung wird beauftragt, Schilder an öffentlichen Parkeingängen aufzustellen, die für mehr Rücksicht und ein friedliches Miteinander werben.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, das Angebot an Behältern für Hundekotbeutel auszubauen sowie an allen öffentlichen Spielplätzen Schilder aufzustellen, welche aufzeigen, dass Hunde auf öffentlichen Spielplätzen nicht erlaubt sind.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

23 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltungen

**4./ Krieg in der Ukraine - Aufnahme von Flüchtlingen in Haan
Vorlage: II/020/2022**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die vorgelegte Resolution von CDU, SPD, WLH und GAL und schlägt vor, über diese separat nach dem Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen zu lassen.

Stv. Lukat möchte wissen, ob eine Unterbringung von Flüchtlingen im Hotel Engels am Hermann-Löhns-Weg schon geprüft wurde.

1. Bgo. Herz erläutert, dass diese Möglichkeit bereits seitens der Verwaltung geprüft worden sei. Allerdings stehe das Gebäude für die Unterbringung von Kriegsvertriebenen nicht zur Verfügung. Derzeit lägen der Verwaltung auch viele Angebote von Privatleuten für eine Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine vor. Die Verwaltung rechne jedoch nicht damit, dass dieser Trend dauerhaft bestehen bleibe, daher prüfe die Verwaltung parallel weitere langfristige Angebote und Möglichkeiten.

Stv. Stracke verweist auf Nummer 2c des Beschlussvorschlages und möchte wissen, ob diese Wohnung ausschließlich für Flüchtlinge aus der Ukraine oder auch für andere Flüchtlinge genutzt werden solle.

1. Bgo. Herz führt aus, dass diese erstmal nur für ukrainische Flüchtlinge angedacht sei. Weitere Anmietungen, auch für andere Flüchtlinge, seien aber denkbar. Hierzu

würde die Verwaltung aber eine erneute Beschlussvorlage in den Rat einbringen, sofern dies angedacht sei.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung schlägt vor,
kurzfristig
 - a) die Unterkunft Düsseldorfer Str. 141a zu ertüchtigen (Kosten i. H. v. ca. 65 bis 80 T€, Vorlaufzeit ca. 3 bis 6 Monate)
 - b) die Sporthalle Adlerstraße als Flüchtlingsunterkunft herzurichten. Die Einrichtungsleitung wird durch das DRK gestellt.
 - c) eine Drei-Zimmer-Wohnung des Bauvereins ab dem 01.04.2022 anzumieten (527,70 € Warmmiete im öffentlich geförderten Segment)
 - d) weitere geeignete Wohnräume anzumieten und auszustatten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die mittel- bis langfristige Flüchtlingsunterbringung auf dem städtischen Grundstück an der Kampheider Straße zu machen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**./ Resolution zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine
hier: Gemeinsamer Antrag der CDU, SPD, WLH und GAL vom 29.03.2022**

Protokoll:

Stv. Haesen stellt die Resolution vor und erläutert diese.

Beschluss:

Die Resolution zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, gemeinsam von CDU, SPD, WLH und GAL am 29.03.2022 beantragt, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**5./ Kindertagesstättenbedarfsplanung Fortschreibung für das
Kindergartenjahr 2022/2023
Vorlage: 51/029/2022**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und HFA empfehlen dem Rat, der vorgelegten Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2022/2023 (1. August 2022 bis 31. Juli 2023) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach §§ 24 und 38 Kinderbildungsgesetz NRW, zuzustimmen.

1. Um die Belegung der Plätze im Ü3-Bereich bedarfsgerechter zu gewährleisten, werden die durch den Rat der Stadt Haan am 28.06.2016 beschlossenen Zugangskriterien für Auswärtige und der dem Jugendamt zugestandene Ermessensspielraum großzügig ausgelegt, auch um die Auskömmlichkeit der Einrichtungen zu gewährleisten und möglichen Gruppenschließung entgegenzuwirken.
2. Das Jugendamt prüft den Umgang mit der Wander- und Erlebnisgruppe/ Bauwagen-Gruppe in der städtischen Kindertageseinrichtung Am Bollenberg.
3. Um dem mittelfristigen Trend eines erhöhten U3-Platzbedarfes gerecht zu werden und weitere unterjährige Belegungsflexibilität zu verbessern, sollte eine Gruppenumwandlung von Gruppenform III (Ü3-Kinder) zur Gruppenform I (U3- und Ü3-Kinder) in einer der städt. Kitas geprüft werden, bspw. in der Kita am Sandbach. Hierdurch würden, ausgehend von einer wöchentlichen Betreuungszeit von je 45 Std., 20 Ü3-Plätze in bis zu 6 U3- und 14 Ü3-Plätze umgewandelt.
4. Zur fortwährenden Erfassung der Betreuungsbedarfe, Bedarfsänderungen und der möglichen Fortentwicklung des Angebotsrahmens sollte die Bedarfsabfrage bei Haaner Eltern mit Kindern im Kindergartenalter zum kommenden Sommer ggf. in abgewandelter, vereinfachter Form erneut durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig abgelehnt
0 Ja / 29 Nein / 0 Enthaltungen

zu 2.
einstimmig beschlossen

zu 3.
einstimmig beschlossen

zu 4.
einstimmig beschlossen

6./ Richtlinien über die Festsetzung von Entgelten zur Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung und der Verlässlichen Grundschule an den Städtischen Offenen Ganztagschulen Don-Bosco-Schule und GGS Gruitzen
Vorlage: 40/022/2022

Beschluss:

1. Die Festsetzung des Verpflegungsentgeltes für die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung an den Städt. Offenen Ganztagschulen „Don-Bosco-Schule“ und GGS Gruitzen erfolgt auf Basis der dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Richtlinien.
2. Die Festsetzung des Entgeltes für das Betreuungsangebot der verlässlichen Grundschule (VGS) an den Städt. Offenen Ganztagschulen „Don-Bosco-Schule“ und GGS Gruitzen erfolgt auf Basis der dieser Vorlage als Anlage 2 beigefügten Richtlinien.

Die bisher ausschließlich für den Standort der Don-Bosco-Schule geltenden Richtlinien werden durch die v.g. Richtlinien ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Vollausrüstung mit I-Pads an den weiterführenden Haaner Schulen
Vorlage: II/019/2022

Beschluss:

1. Die Vollausrüstung der Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen in Haan (Gesamtschule und Gymnasium) mit iPads erfolgt grundsätzlich jährlich für jeweils zwei ganze Jahrgangsstufen zum Beginn des Schuljahres. In der Gesamtschule wird jeweils die 6. und die 10. Jahrgangsstufe ausgerüstet, im Gymnasium jeweils die 5. und 9. Jahrgangsstufe.
2. Die Stadt Haan beschafft die iPads für Schülerinnen und Schüler der o.g. Jahrgangsstufen und übergibt diese in das Eigentum der Schülerinnen und Schüler bzw. deren Erziehungsberechtigten.
3. Ein Eigenanteil wird nicht erhoben, solange die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür nicht vorliegen. Allerdings führt die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Schulen eine Bedarfsabfrage durch, um eine bedarfsgerechte Ausrüstung mit iPads zu gewährleisten und eine Doppelausrüstung der Schülerinnen und Schüler zu vermeiden.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig beschlossen

zu 2.

mehrheitlich beschlossen

23 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltungen

zu 3.

mehrheitlich beschlossen

23 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltungen

**8./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/022/2019/9**

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**9./ Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk II
West/Mitte
Vorlage: 32-2/021/2022**

Beschluss:

Frau Kerstin Beyer wird für eine weitere Amtsperiode zur stellvertretenden Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk II West/Mitte der Stadt Haan gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**10./ Ausschreibung des Heimatpreises 2022
Vorlage: WTK/026/2022**

Protokoll:

Stv. Rehm erläutert, dass sich die GAL-Fraktion zu diesem Punkt enthalte, da aus Sicht der GAL-Fraktion die Ehrengabe der Stadt Haan als Auszeichnung für verdiente Bürger_innen ausreichend sei.

Beschluss:

Die Stadt Haan schreibt 2022 erstmalig den Heimatpreis des Landes NRW aus. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zum Förderprogramm Heimatpreis beim Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen zu stellen und die Ausschreibung des Heimatpreises entsprechend umzusetzen.

Der Ratsbeschluss gilt gemäß den Landesvorgaben als Grundsatzbeschluss zur Teilnahme der Stadt Haan am „Heimat-Preis“ auch für die Folgejahre.

Der Rat der Stadt stimmt der Besetzung der Jury (s. Sachverhalt) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
24 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltungen

11./ E-Lastenfahräder
Vorlage: WTK/025/2022/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Stadt Haan mit der Ausschreibung von zwei E-Lastenfahrädern, um – wie im Sachverhalt dargestellt – ihren kostenlosen Verleih mit Hilfe von Projektpartnerschaften sicherzustellen. Die finanziellen Mittel werden für das Jahr 2022 außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12./ Verkaufsoffener Sonntag 2022
Vorlage: WTK/027/2022

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert die Vorlage.

Stv. Rehm führt für die GAL-Fraktion aus, dass diese sich gegen verkaufsoffene Sonntage ausspreche und erläutert dazu, dass der GAL verkaufsoffene Mittwochnachmittage lieber wären.

Stv. Lukat fragt an, ob es bezüglich des Stadtjubiläums bereits ein feststehendes Programm gäbe, oder ob es beispielsweise für Vereine noch eine Möglichkeit gäbe, dort einen Stand aufzubauen.

Antwort der Verwaltung zu Protokoll:

Im ursprünglichen Konzept der Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum waren die Haaner Vereine berücksichtigt. Über das ganze Jahr sollten in kleineren Festivitäten und Aktionen besonders die lokalen Vereine eingebunden werden,

was leider durch die Corona-Situation so nicht durchgeführt werden konnte. Die nun geplante große Feier auf dem Neuen Markt wurde in Kooperation mit Haan à la carte und einem verkaufsoffenen Sonntag geplant, um die lokalen Gastronomen sowie den Einzelhandel zu unterstützen. Einzelne Vereine mit einer entsprechenden Ausrichtung beteiligen sich an der Programmgestaltung (HTV, Musikschule, ADFC, evtl. CVJM). Eine grundsätzliche Präsentation der verschiedenen Vereine würde aber den Rahmen des Veranstaltungsformats sprengen.

Darüber hinaus muss auf die Präsenz politischer Parteien als Akteure zur Veranstaltung verzichtet werden, da der Besuch der Maus (WDR) vertraglich an die unbedingte politische Neutralität der Veranstaltung gebunden ist.

Stv. Stracke teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion gegen die verkaufsoffenen Sonntage ausspreche.

Beschluss:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass im Jahr 2022 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

18 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

13./ Umbenennung von Straßen

hier: **1. Agnes-Miegel-Weg**

2. Emil-Nolde-Straße

Vorlage: 63/004/2022

Beschluss:

1. Die Verwaltung schlägt auf Wunsch/Anregung der Anwohner_innen des Agnes-Miegel-Wegs vor, den Agnes-Miegel-Weg in Nelly-Sachs-Weg umzubenennen.

Beide Straßenbeschilderungen bleiben für eine Übergangszeit von einem Jahr gemeinsam aufgestellt.

2. Die Verwaltung schlägt auf Anregung der Anwohner_innen der Emil-Nolde-Straße vor, die Emil-Nolde-Straße in Anni-Albers-Straße umzubenennen.

Beide Straßenbeschilderungen bleiben für eine Übergangszeit von einem Jahr gemeinsam aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**14./ Machbarkeitsstudie PV-Anlage Grundschule Mittelhaan
Vorlage: 65/024/2022**

Beschluss:

1. Die Politik nimmt die Studie zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ertüchtigung des Daches der Grundschule Mittelhaan zur anschließenden Installation einer Photovoltaik vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Dachfläche an die Stadtwerke Haan zu verpachten, die die Anlage im Folgenden in eigener Verantwortung installiert und betreibt. Es wird demnach empfohlen, das Betreibermodell 2 der Studie im Weiteren zu verfolgen. Dieses sieht eine Investition und den Betrieb durch die Stadtwerke Haan vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**15./ Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“
hier: Beschluss über Anregungen, § 3 (1), (2) , § 4 (1) und (2) BauGB
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/032/2021**

Beschluss:

-
1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB, über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
 2. Der Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“ in der Fassung vom 07.08.2015 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 27.05.2021 und dem separat erstellten Umweltbericht in der Fassung vom Mai 2021 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich in Haan-Nordwest. Es umfasst den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 7, erweitert um die Parzellen Gemarkung Haan, Flur 28, Flurstücke 543 und 648 einschließlich der hiervon eingeschlossenen Wegeparzellen.

Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

16./ Umbau des Bahnhofs Gruiten im Rahmen der MOF 3

hier: Beantwortung der Fragen gem. Anfragen der Fraktionen;

Option der Übernahme der bestehenden Personenunterführung

Vorlage: 61/045/2022

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass zu diesem Sachverhalt in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Beratungsbedarf angemeldet wurde. Entsprechend habe es bisher noch keine Beschlussempfehlung gegeben.

Stv. Leonhardt streicht heraus, dass die Überführung und die Unterführung zwei verschiedene Themen seien, die entsprechend auch getrennt diskutiert werden sollten. Bei der Überführung habe die Stadt keine Wahl, da die Bahn diese bereits fest eingeplant habe und die Stadt auf die Planung auch keinen Einfluss nehmen könne. Sie bedauere es jedoch, dass die Barrierefreiheit des Bahnhofs nicht auf anderem Wege sichergestellt werden könne.

Bezüglich der Unterführung führt sie aus, dass es wichtig sei, die Bürger_innen frühzeitig zu informieren und mitzunehmen. Die Unterführung sei eine wichtige Verbindung und werde auch von vielen genutzt. Sie streicht heraus, dass die geplante Überführung leider keine geeignete Alternative darstelle. Da über die Unterführung nicht zwingend heute entschieden werden müsse, plädiere sie dafür, das Thema der Unterführung noch einmal im Fachausschuss zu diskutieren und

anschließend diese Infos an die Bürger_innen weiterzugeben.

Bgm'in Dr. Warnecke weist darauf hin, dass der Sachverhalt bereits im Ausschuss für Umwelt und Mobilität (UMA) diskutiert worden sei.

Stv. Lemke erläutert, dass die Stadt bereits seit Jahren den barrierefreien Ausbau des Bahnhofes Gruiten fordere. Die Deutsche Bahn habe klargemacht, dass die Unterführung für sie keine Rolle spiele und die Zugänge zu den Gleisen daher nach Fertigstellung der Überführung seitens der Bahn verschlossen werden. Die Deutsche Bahn habe auch klar gemacht, dass eine Entscheidung der Stadt bezüglich Übernahme der Unterführung relativ schnell kommen solle, da es ansonsten zu weiteren Verzögerungen des Projektes kommen werde. Nach Abwägung der Kosten und des Risikos, welche die Stadt bei Übernahme der Unterführung übernehmen müsste, habe sich die Fraktion entschieden, diese abzulehnen.

Stv. Stracke teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen werde, da die Unterführung eine Verbindung sei, welche auch eine lange Historie aufweise, die nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

Stv. Lukat führt aus, dass auch innerhalb der WLH-Fraktion das Thema der Unterführung kontrovers diskutiert worden sei. Sie erläutert, dass die Zugänge zu den Gleisen seitens der Bahn in jedem Fall dicht gemacht werden, daher sei zu befürchten, dass sich die Unterführung auch zu einem Angstraum entwickeln könne, da es dort dadurch sehr viel dunkler werde. Zudem sei das Risiko wie beispielsweise die Verkehrssicherungspflicht, welche die Stadt bei Übernahme der Unterführung zu tragen hätte, zu hoch. Weiterhin habe die Erfahrung der Fraktion an den eigenen Dialogständen gezeigt, dass viele Bürger_innen kein Problem mit einem Wegfall der Unterführung hätten. Sie teilt weiterhin mit, dass die WLH am kommenden Dienstag hierzu beim Stammtisch in Gruiten informieren wolle.

Stv. Rehm verweist auf die Aussage der Deutschen Bahn, dass diese nicht mit der weiteren Planung beginnen könne, sofern die Entscheidung zur Unterführung seitens der Stadt nicht geklärt sei. Er plädiert daher für einen Beschluss zu dieser Sache, um das Projekt nicht unnötig in die Länge zu ziehen.

Stv. Günther ergänzt, dass dieses Thema schon seit längerem diskutiert worden sei und es auch viele Möglichkeiten gegeben habe, die Bürger_innen entsprechend zu informieren. Sie bemängelt in diesem Zusammenhang auch, dass das Gutachten schwer verständlich sei. Sie betont auch, dass die Unterführung durchaus noch lange existieren könne, ohne dass diese zwingend neu saniert werden müsse.

Techn. Bgo. Schacht erklärt hierzu, dass die Unterführung 1912 gebaut worden sei. Die Einzelelemente des Bauwerks hätten eine Lebenszeit von 90 bis 110 Jahren, daher habe die Unterführung im jetzigen Zustand das Ende ihrer Nutzungszeit erreicht bzw. überschritten.

Sie weist darauf hin, dass die Deutsche Bahn bei dem geplanten Bau und der Versiegelung der Zugänge zu den Bahnsteigen durchaus auch in die Statik der

Unterführung und den Gesamtzustands des Bauwerks eingreife. Die Verwaltung könne daher nicht abschätzen, in welchem Kostenumfang die Unterführung saniert werden müsse. Auch sie weist nochmals auf das hohe Risiko, welches die Stadt bei Übernahme der Unterführung zu tragen hätte, hin und zwar nicht nur für die Verkehrssicherheit der Unterführung im Hinblick auf unterquerende Personen, sondern auch den überfahrenden Zugverkehr. Dies sei, neben den noch nicht abzusehenden Kosten auch der Grund, weshalb die Verwaltung davon abrate, die Unterführung zu übernehmen.

Bgm'in Dr. Warnecke fasst als gemeinsamen Konsens aus der Beratung zusammen, dass sowohl die Verwaltung als auch der Rat grundsätzlich den barrierefreien Ausbau des Bahnhofes Gruiten durch die Deutsche Bahn begrüße. Sie schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag entsprechend zu ergänzen.

Beschluss:

1. Die Stadt Haan begrüßt außerordentlich die von der DB Station&Service AG geplante, barrierefreie Personenüberführung am Bahnhof Gruiten.
2. Die Antworten der DB Station&Service AG zu den Anfragen der Fraktionen (Anlage 1) werden zur Kenntnis genommen.
3. Die Übernahme der Personenunterführung zwischen den Zugängen Thunbuschstraße und Kastanienweg wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.

einstimmig beschlossen

zu 2.

einvernehmlich

zu 3.

mehrheitlich beschlossen

21 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

17./ Lärmaktionsplanung der Stadt Haan der 3. Runde
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen
Beschluss des Lärmaktionsplans
Vorlage: 61/041/2021/1

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Lärmaktionsplan der 3. Runde gem. § 47d BImSchG in der Fassung vom 19.11.2021 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

18./ Straßensanierungsprogramm
Vorlage: 66/032/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt die Listen des Straßen- und Wegekonzeptes gemäß der Anlagen 1 und 2.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

19./ Verschiebung Einbringung Entwurf Jahresabschluss 2021
Vorlage: 20/045/2022

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

20./ Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 20/046/2022

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**21./ Bericht über die finanzielle Lage zum 31.03.2022
Vorlage: 20/043/2022**

Protokoll:

StOVR'in Abel berichtet über die derzeitige finanzielle Lage der Stadt Haan.

Stv. Lukat verweist auf die Flüchtlingswelle aus der Ukraine und möchte daher wissen, welche Kosten hier auf die Stadt Haan zukämen und ob bzw. in welcher Höhe hier bereits finanzielle Zusagen seitens des Landes gemacht worden seien.

StOVR'in Abel erläutert, dass die Höhe der zu erwartenden Kosten derzeit sehr schwer zu präzisieren sei. Insofern könne hierzu noch keine Aussage getroffen werden.

1. Bgo. Herz ergänzt, dass das Verfahren diesmal anders sei als 2015, da die Flüchtlinge meist schon bei der Zuweisung erfasst seien. Zudem hätten die Flüchtlinge aus der Ukraine einen anderen Aufenthaltsstatus innerhalb der EU als z.B. Flüchtlinge aus Syrien. Die Verwaltung habe aber eine Zusage seitens des Landes, dass dieses 100% der Kosten übernehmen würde. Allerdings müsse dabei berücksichtigt werden, dass das Land hier über Pauschalen abrechne. Insofern könne es durchaus sein, dass nicht zwingend alle tatsächlich angefallenen Kosten seitens des Landes übernommen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

22./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Die vorgelegten Anträge der CDU-Fraktion vom 05.03.2022 und 21.03.2022 auf Neubesetzung von Ausschüssen, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

23./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat verweist auf die vorliegende Anfrage der WLH-Fraktion vom 25.03.2022 bezüglich der Ausstattung der Feuerwehr und fragt mit Hinweis auf die schriftliche Antwort der Verwaltung nach, weshalb lediglich 10 Regenjacken angeschafft und bei Bedarf über ein Poolsystem verteilt werden sollen. Sie frage sich, weshalb es nicht eine Regenjacke pro Person geben könne.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass diesbezüglich noch einmal mit der Feuerwehr gesprochen werde.

Stv. Rehm verweist darauf, dass während des Bürgerentscheides im Wahlraum der Don-Bosco-Schule eine handgeschriebene Wahlinformation aushing, welche auf Bitten der SPD und GAL entfernt worden sei.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass es hierzu auch eine entsprechende Presseanfrage gegeben habe, welche seitens der Verwaltung beantwortet worden sei. Sie weist darauf hin, dass die Wahlinformation neutral verfasst worden sei.

Stv. Rehm frage sich dennoch, weshalb es die Wahlleitung des Wahllokales es überhaupt für notwendig erachtet habe, eine solche Information zu verfassen. Laut Aussage der entsprechenden Wahlleitung habe es nämlich seitens der Wähler_innen viele Nachfragen gegeben, wie der Wahlschein zu verstehen sei. Er zweifele deshalb das Wahlergebnis nicht an, bittet jedoch darum, das bei weiteren Bürgerentscheiden darauf geachtet werden solle, alles verständlicher zu gestalten, so dass keine Missverständnisse aufkommen könnten.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

24./ Mitteilungen

Protokoll:

1. Bgo. Herz teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss beschlossen habe, dass die Kinder innerhalb der Kitas weiterhin mit den sog. Lolli-Tests getestet werden sollen.

Hierzu teilt sie mit, dass das Land sich aus den Testungen in den Kitas herausziehe und daher auch die entsprechenden Kosten nicht mehr übernehme. Eine entsprechende Gegenfinanzierung für die Tests fehle daher aktuell.

StORR'in Kotthaus teilt mit, dass in der letzten Woche das Jahresgespräch mit den Ombudsleuten gegeben habe. Diese teilten mit, dass es keine Mitteilungen seitens der Mitarbeiter_innen gegeben habe, was natürlich positiv zu bewerten sei.

Stv. Lukat verweist auf die Bezuschussung für Kinder- und Jugendsport. Sie bittet hierzu nochmal über eine Verlängerung der Frist im Ausschuss für Bildung und Sport (BSA) zu beraten.

Techn. Bgo. Schacht teilt mit, dass die Musterbank der Haaner Stadtbank fertig sei und jetzt in der Innenstadt zur Ansicht ausgestellt werde. Über einen dort angebrachten Briefkasten und einen QR-Code sei es den Haaner_innen möglich ein entsprechendes Feedback in Papierform oder digital abzugeben.

Weiterhin teilt sie mit, dass die Spielplätze an der Adlerstraße und dem Sanddornweg noch vor Ostern seitens des TÜV abgenommen geprüft würden.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.